

Zahnsteiner Tageblatt

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigenpreis: die einspaltige kleine Zeile 15 Pfennig.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Bezugspreis durch die Geschäftsstelle oder durch Boten vierteljährlich Mark. Durch die Post frei ins Haus Mark.

Nr. 6.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Hans Schickel in Oberlahnstein.

Dienstag, den 14. Januar 1919.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Hans Schickel in Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Der Zusammenbruch der Spartakusschande in Berlin. Liebknecht auf der Flucht aus Berlin.

Die Herren Bürgermeister des Kreises,

welche das Kreisblatt Jahrgang 1918 als gebundenes Exemplar beziehen wollen, mögen die Bestellung gefl. sofort ausgeben, da für später eine Lieferung nicht mehr übernommen werden kann.

Buchdruckerei Schickel.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. die Wahlen.

Der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen hat den Deutschen, die sich im besetzten rheinischen Gebiet befinden, auf Antrag der deutschen Regierung für die Wahlen zur Nationalversammlung Erleichterungen gewährt unter den nachgenannten Bedingungen:

Es werden ohne Einschränkung Berichte erlaubt, welche die Vorbereitung der Wahlen und die Wahlen selbst betreffen und durch die Verwaltungsbehörden ausgefertigt worden sind.

Die Freiheit der Presse und der Aufrechterhaltung der Ordnung sowie einem vorurteilsfreien Betragen der Bevölkerung den verbündeten Armeen gegenüber vertritt.

Das Gesetz, eine Versammlung abhalten zu dürfen, muß schriftlich eingereicht werden, von den Versammlungsleitern unterschrieben, an den Magistrat gerichtet und von diesem an den Verwaltungschef des Kreises abgegeben werden. Dieses Gesetz muß den Inhalt des Gegenstandes der Versammlung sowie die Fragen, Themen, die darin besprochen werden sollen, aufzuführen.

Die Stadtbehörde ist verantwortlich für sämtliche Vertretungen, die begangen werden bei jeder Versammlung, und außerdem für alle Fragen, die ohne Genehmigung besprochen werden.

Ein Vertreter der französischen Militärbehörde hat das Recht, jeder dieser Versammlungen beizuwohnen. Er ist berechtigt, die Versammlung aufzulösen, sobald Unruhestörungen vorkommen, oder wenn im Lauf der Versammlung Worte fallen, oder Geschehnisse sich ereignen, welche die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden könnten oder gegen die Achtung der Armeen und der verbündeten Regierungen verstoßen.

Eine Abänderung der jetzigen Bestimmungen der Presse gegenüber tritt nicht ein.

Die Artikel 13, 14 und 15 der Polizeiverordnung vom 1. 12. 18, betreffend die Presse, bleiben stets in Kraft.

Die Bestimmungen über den öffentlichen Verkehr sowie Post-, Telefon- und Telegrafienverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet bleiben in Kraft.

Der Eintritt in das besetzte Gebiet oder der Austritt nach dem unbesetzten deutschen Gebiet kann denjenigen Personen gewährt werden, die von den anerkannten deutschen Verwaltungsbehörden mit einem Gesetz um Ausstellung eines Passes versehen sind.

Diese Gesetze werden durch die deutschen Behörden den Verwaltungschefs der Kreise übergeben. Letztere übergeben die Gesetze dem Verwaltungschef des Distrikts der sie dem kommandierenden General der Armee vorlegen wird.

Wiesbaden, den 3. Januar 1919.

Le Lieutenant Colonel,

Administrateur du District de Wiesbaden.

Wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis veröffentlicht. Der schriftliche Verkehr der Wahlbehörden und der politischen Parteien untereinander und mit dem Wahlkommissar in Cassel ist gestattet, muß jedoch durch Vermittlung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Wiesbaden geschehen.

St. Goarshausen, den 11. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B.: J. a. u. Regierungsrat.

Militärische Kreisverwaltung.

Nr. 99.

Bekanntmachung bezüglich der Waffen und Munition.

Laut Verordnung des kommandierenden Generals der Armee vom 1. Dezember 1918 müssen binnen 2 Tagen, nach Anschlag der Verordnung, die Waffen aller Gattungen der militärischen Behörden übergeben werden.

Demzufolge bringt das Generalkommando Mainz der Bevölkerung zur Kenntnis, daß, nach Anweisung der Herrn

Bezirkskommandeure und Etappenkommandanten, die Feldgendarmarie Hausuntersuchungen vornehmen wird.

Strafen:

Die Besitzer von Waffen oder Munition werden dem Kriegsgericht vorgeführt. Außerdem wird über die Gemeinde eine Geldstrafe verhängt und der Bürgermeister wird evtl. als Verantwortlicher bestraft.

Der mil. Kreisverwalter.
gez. E. D. Monod.

Wird veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, vorstehende Bekanntmachung mehrmals ortsüblich bekannt zu machen.

St. Goarshausen, den 9. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B.: J. a. u.

Vom 5. Januar 1919 wird der Artikel 9 des Befehls vom 1. Dezember 1918 geändert wie folgt:

Die Gesuche um Reiseausweise für jede Art der Fortbewegung und jede Endbestimmung müssen stets auf dem jetzt in Kraft befindlichen Formular durch die Bürgermeister gestellt werden; die letzteren haben die Gesuche mit begründeter Stellungnahme den Militärbehörden (Etappenkommandanten, Ortskommandanturen) vorzulegen.

Die Reiseerlaubnis kann ohne vorherige Ankündigung aufgehoben werden. Ablehnung der Gesuche erfolgt stets ohne Begründung.

Der mil. Kreisverwalter.
gez. E. D. Monod.

Wird veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister haben für weitgehendste Bekanntmachung zu sorgen.

St. Goarshausen, den 9. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B.: Dr. J. a. u.

Umsatzsteuerpflicht der Lieferungen von Luxusgegenständen im nicht gewerblichen Verkehr.

Nach § 10 Nr. 1 und § 25 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 haben auch Personen, die nicht ein Gewerbe treiben, wenn sie Luxusgegenstände (§ 8 des Gesetzes) gegen Entgelt liefern, die erhöhte Umsatzsteuer zu entrichten. Die Entgeltigkeit erfolgt regelmäßig ohne amtliche Mitwirkung durch Verrechnung und Entwertung von Stempelmärken. Die benötigten Marken bis zum Einzelnenwert von 10 Mk. sind bei den Postämtern zu beziehen, die höherwertigen werden durch die Hauptzollämter und Stempelverleiher verkauft.

Die Marken sind vom Lieferer der Luxusgegenstände zu dem Empfängerbekenntnis über die Zahlung (Quittung) zu verwenden, das er nach Maßgabe des § 25 des Gesetzes binnen zwei Wochen nach dem Empfang jeder Zahlung dem Zahlenden zu erteilen verpflichtet ist. Das Empfängerbekenntnis muß den Namen des Lieferers, den Gegenstand nach seiner handelsüblichen Bezeichnung, den Betrag des Entgeltes, den Tag der Zahlung und den Steuerbetrag enthalten. Wird eine nicht gehörig versteuerte Quittung erteilt, so ist der Empfänger der Quittung verpflichtet, binnen zwei Wochen nach dem Tage des Empfanges und jedenfalls vor der weiteren Abhandlung der Quittung diese zu verstemeln. Erhält der Zahlende keine Quittung, so muß er innerhalb eines Monats dem für ihn zuständigen Umsatzsteueramt eine Mitteilung machen, welche die für die Quittung vorgeschriebenen Angaben enthält, und zu ihr die Steuer entrichten.

Hat der Erwerber den Gegenstand zur gewerblichen Weiterveräußerung erstanden, so kann er nach Maßgabe des § 10 Abs. 2 des Gesetzes Steuerbefreiung beanspruchen. In diesem Falle hat er die im § 20 Abs. 1 des Gesetzes vorgeschriebene und vom Umsatzsteueramt auszufüllende Bescheinigung dem Lieferer vorzulegen; dieser hat auf der Quittung Namen und Wohnort des Erwerbers unter genauer Bezeichnung der Bescheinigung des Umsatzsteueramts zu vermerken und eine Abschrift der Quittung als Ausweis gegenüber der Steuerstelle zurückzubehalten.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß derjenige, der aus einem unter die vorstehend bezeichneten gesetzlichen Vorschriften fallenden Lieferungsgeheimnisse Zahlungspflichtig ist, gegenüber der Klage auf Entrichtung des Entgeltes den Einwand der Tilgung nur geltend machen kann, wenn er nachweist, daß die Steuer für die Lieferung entrichtet worden ist oder die Lieferung nach § 10 Abs. 2 steuerfrei war.

Wer vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einem ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, wird nach § 38 des Gesetzes mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer bestraft. Kann der Betrag der Steuer nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von einhundert bis einhunderttausend Mark ein.

Der Versuch ist strafbar.

Als Luxusgegenstände im Sinne des Gesetzes gelten:

1. Edelmetalle, Perlen, Edelsteine, synthetische Edelsteine, Halbedelsteine und Gegenstände aus oder in Verbindung mit diesen Stoffen, einschließlich der mit Edelmetall dublierten und plattierten sowie der unechten plattierten, vergoldeten oder versilberten Gegenstände. Bei Gegenständen, die aus den im Satz 1 genannten Stoffen und anderen Stoffen zusammengefaßt sind, ist der wertvollere Bestandteil für den Steuerfuß maßgebend.

Fassungen von Augengläsern unterliegen der erhöhten Steuer nicht.

2. Taschenuhren, sofern das Entgelt für die Lieferung einhundert Mark überschreitet;

3. Werke der Plastik, Malerei und Graphik sowie Kopien und Reproduktionen solcher Werke, sofern das Entgelt für die Lieferung zweihundert Mark überschreitet.

Der erhöhten Steuer unterliegen nicht Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik deutscher lebender oder innerhalb der letzten fünf Jahre verstorbener Künstler, die von dem Künstler, oder nach seinem Tode von seinen Ehegatten, seinen Abkömmlingen oder seinen Eltern oder durch Verkaufs- oder Ausstellungsvorstände von Künstlern vertrieben werden. Die Frist von fünf Jahren wird vom Abschluß des Umsatzgeschäftes über das Werk als gerechnet. Die Steuerbefreiung gilt nicht für Vereinigungen von Künstlern, welche den gewerbemäßigen Verkauf sowohl eigener als auch fremder Werke bezwecken.

4. Antiquitäten, einschließlich alter Drucke und Gegenstände wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, sofern diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen, sowie Ergänzungen des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflage;

5. photographische Handapparate sowie deren Bestandteile und Zubehörsätze;

6. Flügel, Klaviere, Harmonien und Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke, (Klavier-Spiellapparate, Sprechapparate, Phonographen, Orchestrions usw.) sowie zugehörige Platten, Walzen und dergleichen;

7. Billarde und deren Zubehörsätze;

8. Handwaffen, deren Bestandteile und Zubehörsätze sowie für Handfeuerwaffen bestimmte Munition;

9. Land- und Wasserfahrzeuge zur Personenbeförderung, wenn sie mit motorischer Kraft angetrieben werden, oder wenn sie nach ihrer Beschaffenheit (Bauart, Ausstattung) für Vergnügungs- oder sportliche Zwecke bestimmt sind. Ueber die Zweckbestimmung ist ausschließlich im Verwaltungswege zu entscheiden;

10. Teppiche, einschließlich der Wandteppiche, für deren Lieferung das Entgelt dreißig Mark für den Quadratmeter überschreitet;

11. zugerichtete Felle zur Herstellung von Pelzwerk mit Ausnahme gewöhnlicher Schaafsfelle, sowie Bekleidungs- und Inneneinrichtungsgegenstände aus oder unter Verwendung von Pelzwerk mit Ausnahme gewöhnlichen Schaafpelzes, soweit es sich nicht um bloßen Aufputz handelt; Pelztragen und Pelzputz gelten nicht als bloßer Aufputz.

Bei der Feststellung, ob das Entgelt für die Lieferung die in Nr. 2, 3 und 10 angegebenen Beträge überschreitet, ist von dem Entgelt für die Lieferung jedes einzelnen Gegenstandes auszugehen, es sei denn, daß mehrere auf einmal entnommene Gegenstände nach dem Zwecke für den sie bestimmt sind, nach der Verkehrsauffassung oder nach der Bestimmung des Veräußerers nur zu einem Gesamtpreise gemeinsam lieferbar sind.

St. Goarshausen, den 2. Januar 1919.

Kreis-Ausschuß des Kreises St. Goarshausen,
Steuerstelle für die Erhebung der Umsatzsteuer.

J. B.: J. a. u.

Bahntelegramm aus Mainz.

Vom Donnerstag, den 9. Januar ds. Js. verfahren die Züge bis auf weiteres täglich in der Richtung Wiesbaden 8,10 vorm., 1,41, 6,54 nachm. In der Richtung Wiesbaden 10,01 vorm., 3,17, 8,10 nachm. Auf den Bahnhöfen Caub, Pöschhausen und Pösch halten diese Züge nicht.

Genehmigt am 7. Januar 1919 durch die Unterkommis-
sion Mainz.

Wird hiermit veröffentlicht.
St. Goarshausen, den 9. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B. Dr. Baun.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet in der Frei-
herr vom Stein-Schule zu Oberlahnstein am
Donnerstag, den 16. Jan. 1919, nachm. von 4 1/2 Uhr ab
statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat
in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
St. Goarshausen, den 13. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dr. Baun, Regierungsrat.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Deutschen
Haus zu Camp am

Freitag, den 17. Jan. 1919, von nachmittags 4 Uhr ab
statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat
in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
St. Goarshausen, den 13. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dr. Baun, Regierungsrat.

Wunsch französischer Blätter.

Der „Homme Libre“, das Organ Clemenceaus, trägt
für den Gang der Friedensverhandlungen folgenden
Wunsch vor:

„Nachdem sich die vier Großmächte Italien, Frankreich,
England und Amerika geeinigt hätten, sollten auch die klei-
neren Bundesgenossen zugezogen und gehört werden und
alsdann erst Verhandlungen mit den Feinden beginnen,
aber nicht mit allen Feinden gleichzeitig, sondern mit je-
dem einzelnen, und zwar zuerst mit Bulgarien, der Türkei,
Deutsch-Oesterreich und zuletzt mit Deutschland. Durch ein
solches Verfahren würde Deutschland von jedem Einfluß
auf die Verhandlungen ausgeschlossen werden, und man
würde den früheren Verbündeten Deutschlands feht, nach-
dem sie sich von Deutschland hätten trennen lassen, beson-
dere Zugeständnisse machen. Besonders müsse verhandelt
werden, daß Deutschland irgendwie gestärkt aus den Verhand-
lungen hervorgehe. Dadurch, daß man die Verhandlungen
mit Deutschland bis zuletzt aufspare, erreiche man den
Vortheil, die Ereignisse in Deutschland sich weiter entwikeln
zu lassen im Interesse des Verbandes. Besonders müsse
verhandelt werden, daß Deutschland einiger als bisher ersche-
ne, und so müsse man, wenn es nicht in einzelne Teile zerfällt,
doch für die Förderung des Föderalismus sorgen.“

Aufhebung der Blockade?

Rotterdam, 9. Jan. Nach einem Telegramm des
„Nieuwe Rotterd.“ aus London wird aus New York ge-
meldet: Das Staatsdepartement hat zu verstehen gegeben,
daß seiner Ansicht nach die wirtschaftlichen Zwangsmah-
nahmen gegen Deutschland gemildert werden müssen, wenn
man will, daß Deutschland Schadenersatz bezahlt. Nach
Ansicht des Staatsdepartements würde die Aufhebung der
Blockade schon vor der Unterzeichnung des Friedensver-
trages stattfinden können.

Die Stunde der Entscheidung.

Berlin, 11. Jan. Die Stunde der Entscheidung ist
für Berlin endlich da. Ungeheure Artilleriekolonnen, Ma-
schinengewehrkompanien und Infanterie der Berliner Gar-
nison mit Freiwilligen in Zivil untermischt ziehen sich dem
Studienzentrums zu, ihre jungen Offiziere voran. Berlin ist
daran, die russischen Soldaten zu vernichten. Der „Vor-
wärt“ ist von den Regierungstruppen gestürmt worden.
Von der etwa 800 Mann starken spartakistischen Besatzung
sind 100 im Handgranatenkampf getötet, die anderen ab-
geführt. Auch die Verlagsanstalt von Vögelstein in der
Wilhelmstraße ist wieder erobert worden. Von den Dächern
schießen noch ab und zu fliehende Spartakisten nachdrücklich
auf das unschuldige Publikum. Der Kampf ist vor dem
Verlagshausen Mosse wieder entbrannt. Den Spartakisten
wurde ein Ultimatum gestellt, das heute nachmittags um 1/3
Uhr abgelaufen ist. Der Kampf um den Anhalter Bahn-
hof hat immer schärfere Formen angenommen. Von den
Spartakisten wird jetzt versucht, den Bahnhof, den sie durch
Frontalangriffe nicht nehmen konnten, von den Seiten-
fronten zu stürmen. Die Entscheidung muß auch hier bald
fallen. Auch der Schlesische Bahnhof lag andauernd unter
schwerem Feuer, dem leider eine große Anzahl Zivilisten
zum Opfer fiel. Noch heute früh wurden auf der Straße
Flugblätter der Spartakisten verteilt, in der jede Einigung
abgelehnt wurde. Sonst hat sich die Stellung der Regie-
rung wesentlich gebessert. Die Sicherheitswehr von Groß-
Berlin hat sich von Eichhorn losgelöst, auch die letzten,
bisher noch schwankenden Kompanien haben sich hinter die
Regierung gestellt. Der Erfolg der Regierungstruppen
steht bereits fest. An verschiedenen Stellen der Stadt, so
am Anhalter Bahnhof sind scharfe Gefechte im Gange.
Mächtigere sind die Erfolge der Regierungstruppen
mit nicht allzu großen Verlusten erkauft worden. Niemand
mehr als die Regierung, die lang genug gezögert hat, zu
diesen äußersten Maßnahmen zu greifen, bedauert auf das
heftigste, daß dieser blutige Bruderkampf bis zu diesem Sta-
dium gekommen ist.

Berlin, 11. Jan. In einer Meldung, die nicht zu
kontrollieren ist, wird die Gesamtzahl der Toten in den
bisherigen Straßenkämpfen mit 400 und der Verletzten mit
1000 angenommen.

Spandau völlig umstellt.

Spandau, 11. Jan. Die Stadt ist von Regierung-
truppen völlig umstellt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen,
daß nach dem gestrigen Erfolg, der zur Zurückeroberung des
Rathauses und eines Teiles der besetzten Vorstadt führte,
die Regierung schon in den nächsten Stunden fast über die
ganze Stadt verfügen wird.

Liebsteht sich nach einer Zuflucht um.

Berlin, 11. Jan. Liebsteht hat seine Familie in
die Schweiz geschickt. Auf der Straße ist von ihm nichts
mehr zu sehen.

Kurt Eisner an die Reichsregierung.

München, 11. Jan. Der bayerische Ministerpräsident
Kurt Eisner sandte folgendes Telegramm an die Reichs-
regierung in Berlin: Mit wachsenden Entsetzen verfolgen
wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein
Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen
soll. Das Beispiel Berlins wirkt überall zerrüttend und
erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine von
dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle
Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und ent-
schlossen ist, auf dem Boden der Revolution die Demokratie
und den Sozialismus bis zum Ende durchzuführen, scheint
die einzige Rettung. Ueberall im Süden steigt der Jörn
gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier
zum Bürgerkrieg schreiten.

Die preussische Regierung an die Beamten.

Berlin, 11. Jan. Die preussische Regierung erläßt
an alle preussischen Beamten die folgende Bekanntmachung:

Zur Beachtung bei den bevorstehenden Wahlen werden
die Beamten darauf hingewiesen, daß ihnen außerhalb des
Dienstes jede ihrer Ueberzeugung entsprechende politische
Betätigung freisteht; indes haben sie dabei die Grenzen in-
nehuzuhalten, die ihnen die Rücksicht auf die Unparteilichkeit
ihrer Amtsführung auferlegt. Unzulässig ist selbstverständ-
lich jede Verquickung amtlicher und politischer Tätigkeit;
insbesondere darf das Vorgesetztenverhältnis niemals zu
einer Einwirkung auf die politische Meinung und Betä-
tigung dienstlich unterstellter Personen mißbraucht werden.
Ebenso selbstverständlich wie die Gewährung der Wahlfrei-
heit für die Beamten ist, daß kein Beamter die in seiner
Hand befindliche amtliche oder soziale Macht zur Einwir-
kung auf die Abstimmung der Wähler benutzen darf.

Erfurt — der Ort der Nationalversammlung?

Berlin, 11. Jan. Nach Weimar, Leipzig und Nürn-
berg ist nunmehr von den Volksbeauftragten als Ort der
Nationalversammlung Erfurt in Aussicht genommen.

Von 102 nationalliberalen

Reichstags- und Landtagsabgeordneten sind 81 zur Deut-
schen Volkspartei übergetreten.

Die demokratischen Kandidaten für Hessen-Nassau.

Wetzlar, 4. Jan. Im Wahlbezirk Hessen-Nassau
(einschl. Wetzlar und Waldeck) sind vom heute abgehaltenen
Vertretertag der deutschen demokratischen Partei für die
aufgestellte Nationalversammlung die folgenden Kandidaten
aufgestellt worden:

1. Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt a. M.,
2. Oberbürgermeister Koch-Kassel,
3. Professor Schäding-Marburg a. d. L.,
4. Eine vom Frankfurter Verein zu bestimmende Frau,
5. Landwirt Cornelius Triebmann-Oberellenbach
(Kurhessen),
6. Rektor Breidenstein-Wiesbaden,
7. Arbeitersekretär Balzer-Frankfurt,
8. Fabrikant Kreuter-Danau,
9. Maurermeister Ehr. Müller-Kassel,
10. Oberlehrer Rappes-Marburg,
11. Postsekretär Bechstedt-Frankfurt,
12. Pfarrer Stein-Kassel,
13. Kaufmann Riegenmeyer-Zdseim,
14. Landwirt Schuster-Lubach (Nassau),
15. San.-Rat Winkhaus-Bad Wildungen.

Revolutionäre Bestrebungen in Luxemburg.

Strassell, 11. Jan. Davaß und Reuter melden vom
9. Januar: In Luxemburg ist ein Staatsstreich erfolgt.
Der Führer der Liberalen Partei, Brassart, brachte bei
Beginn der Kammer Sitzung eine Tagesordnung ein, in der
die Absetzung der Dynastie beantragt wurde. Der Führer
der sozialdemokratischen Partei, Marx, schloß sich unter
dem Beifall der Tribünen dem Antrage an. Die Rechte
protestierte. Die sozialdemokratische Arbeiterabgeordneten,
die allgemein mit der Rechten stimmen, verhielten sich
passiv. Der Präsident hob unter Hinweis auf die lärm-
den Kundgebungen des Publikums die Sitzung auf.

Wichtige Erleichterungen für das Reisen im besetzten englischen Gebiet.

Köln, 11. Jan. Das Bahamt Köln teilt mit, daß die
englische Besatzungsbehörde eine Milderung der bisher gül-
tigen Reisebestimmungen in der Weise gewährt hat, daß
fortan für Reisen innerhalb des gesamten von den Englä-
ndern besetzten Gebietes eine besondere Genehmigung bzw.
ein Reisepaß nicht mehr erforderlich ist. Um ein Bild des
hierdurch für das Reisen freigegebenen Gebietes zu gewin-
nen, sind nachstehend die Hauptorte am ungefähren Rande
dieses Gebietes mitgeteilt. Rechte Rheinseite: Düsseldorf,
Reisholz-Quan-Wald-Solingen-Wermelskirchen-Kärten-
Lindlar-Chreshoven-Marialinden-(Nach ausschließlich)
Happerich-Geistingen-Oberkassel. Linke Rheinseite: Wes-
sem, Orte nördlich der Ahr über Stadtkyll Burggrenland-
Monschau-Röntgen-Langerwehe-nördlich Revenheim. Alle
Orte verstehen sich einschließlich.

Rückkehr unserer Schwerverwundeten.

Berlin, 7. Jan. Amlich. Zu den Verhandlungen
über die Zurückführung der deutschen Schwerverwundeten
und kranken Kriegsgefangenen bringt der Sitzungsbericht
der Waffenstillstandskommission in Spa vom 5. Januar
eine erfreuliche Kunde: Der deutsche Vorsitzende wies dar-
auf hin, wie sehr die quälende Ungewißheit besonders auf
die deutschen Schwerverwundeten und kranken Kriegsgefan-
genen drücke, wenn man ihnen nicht eine Aussicht auf Heim-
beförderung machen könne. Der französische Vorsitzende
antwortete: Wenn die Heimbeförderung unserer Kriegsge-
fangenen, wie vereinbart worden ist, gegen den 15. Januar
beendet sein wird, sehe ich nicht ein, warum nicht ihre
Schwerverwundeten Kriegsgefangenen bis Ende dieses Mo-
nats heimgeführt sein sollen.

Die Eisenbahnen in Regierungshänden.

Berlin, 8. Jan. Die Eisenbahndirektion teilt mit,
daß die Eisenbahnen sich im Besitz der Regierung befinden.
Von den Fernbahnhöfen ist eine Reihe von Zügen abge-
lassen worden.

Das Nationalvermögen Deutschlands

beträgt 378 Milliarden M., England desgleichen, Frank-
reich 302, Italien 88, Rußland 210, Vereinigten Staaten
946, Oesterreich-Ungarn 125, Bulgarien 9, Türkei 15, Spa-
nien 27, Dänemark 12, Holland 27, Norwegen 10, Schwe-
den 25 und Schweiz 20 Milliarden Mark.

Entlassung der Jahrgänge 1896/97.

Aus dem Heimatheer sind die Jahrgänge 1896 und 1897,
mit den längstgedienten Mannschaften beginnend, bis spä-
testens 31. Januar 1919 zu entlassen, soweit Sicherheits-,
Kranken-, und Arbeitsdienst, Gefangenenerhaltung und
Grenzschutz, sowie Durchführung und Abwicklung der De-
mobilisierungsgehalte es zulassen.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Essen, 11. Jan. Im rheinisch-westfälischen Koh-
lenrevier sind bei der gestrigen Mittags- und Nachtschicht
sowie bei der heutigen Morgenschicht etwa 36 000 Bergar-
beiter ausständig.

Einiges über das Wahlverfahren.

Bei den kommenden Wahlen haben wir das Verhältnis-
wahlverfahren im Gegensatz zu dem früheren Mehrheits-
verfahren. Was soll das sagen? Früher wurde z. B. in
unserem Wahlbezirk ein Kandidat gewählt. Derjenige
Kandidat einer Partei, auf den die meisten Stimmen fielen,
war gewählt. Hatte nun keiner von ihnen eine mehr als
die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, so kam es zur Stich-
wahl. Heute aber geht die Wahl anders vor sich. Zunächst
sind die Wahlbezirke bedeutend größer als sonst. Unser
Wahlbezirk umfaßt z. B. Hessen-Nassau mit Kreis Wehlar
und Waldeck. Er hat 15 Kandidaten zu wählen und zwar
in der Weise, daß von jeder Partei eine Liste mit 15 Kandi-
daten aufgestellt wird. Nun können sich auch noch Parteien
zusammentun und eine gemeinsame Liste aufstellen nach
dem Grundsatz: Getrennt marschieren, aber vereint schla-
gen. Da wir 6 Parteien haben, wird, falls sich keine dieser
Parteien zusammenschließt, in unserem Wahlbezirk von je-
der ein Wahlvorschlag mit je 15 Kandidaten aufgestellt.
Der Wähler hat sich nun für einen dieser Vorschläge zu ent-
scheiden, je nachdem zu welcher Partei er sich bekennt.

Wer das Recht zum Wählen hat, dürfte wohl allgemein
bekannt sein, nachdem dieses Thema schon so oft behandelt
worden ist. Aber auf einige andere wichtige Punkte mag
nochmals hingewiesen werden. Am Wahltag muß jeder
Wähler persönlich am Wahltag erscheinen. Voraussetzung
aber ist, daß er sich über die Vollständigkeit der bis zum 6.
Januar aufgelegten Wählerlisten überzeugt hat. Unter
keinen Umständen können solche eine Stimme abgeben, de-
ren Namen in der Liste fehlen. Die Wahlvorschläge, die noch
veröffentlicht werden, sollen auf weißem Papier so geschrie-
ben sein, daß wenigstens einer der Namen lesbar ist. Der
Wähler steckt den Wahlvorschlag in einem abgetrennten
Raume in ein abgestempeltes Kuvert, das er im Wahllokal
erhält, und übergibt dieses dem Wahlvorsteher. Für die
Gültigkeit der Stimmen ist folgendes zu beachten: Wahl-
zettel oder Wahlumschläge, die mit gewissen Zeichen ver-
sehen sind, sind ungültig. Werden 2 Zettel in einem Um-
schlag gefunden, so ist die Stimme ungültig, desgl. wenn in
einem Umschlag die Zettel zweier Parteien sind. Zettel, an
denen Veränderungen vorgenommen oder bei denen Perso-
nen nachgetragen sind, die auf keinem der 6 Wahlvor-
schläge stehen, sind ebenfalls ungültig. Diese scheinbaren
Kleinigkeiten muß jede Wählerin, jeder Wähler beachten,
da sie leicht zu dem Verlust von Stimmen führen können
bei einer Wahl, bei der es auf jede einzelne Stimme an-
kommt.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 14. Januar.

Ablieferung von Heeresgut. Seitens
der Entente wird damit gedroht, daß das Reich für das
Abhandelnkommen und die Verschleuderung von Heeresgut
haftbar gemacht werden wird. Die feindliche Presse ver-
steigt sich sogar zu der Behauptung, daß die Regierung ab-
sichtlich große Heereslager von Waffen, Munition und son-
stigem Heeresgut aller Art der Plünderung überliefern
hätte. Dem muß mit aller Entschiedenheit durch die Tat
entgegengetreten werden, und deshalb verlangt auch jetzt
wieder das Reichsverwaltungsamt die sofortige Ablieferung
von Heeresgut bei den zuständigen Behörden, um dadurch
den Frieden zu beschleunigen.

Die Wahlversammlung, die am Sonntag
in der lath. Kirche abgehalten wurde, gestaltete sich zu einer
der größten Kundgebungen gegen die Sozialdemokratie, die
je in unserer Vaterstadt zu verzeichnen ist. Zunächst be-
dankte sich Herr Weil als Leiter der Versammlung für das
überaus zahlreiche Erscheinen aller Konfessionen und Pa-
rteien. Redner führte dann aus, daß die Verhältnisse nicht so
möglich gewesen wären wie sonst. Doch jeder wisse, was
zu tun sei. Es beständen 2 Weistrichtungen: Christentum
und Gottlosigkeit, ein Zwischenweg gäbe es nicht, das er-
stere vertreten durch die bürgerlichen Parteien, letztere
durch den größten Teil der Sozialdemokraten. Was der
Arbeitsdienst bezwecke, sei schon oft klargestellt. Deshalb sei
es Pflicht eines jeden Christen bürgerlich zu wählen. Nach
diesen einleitenden Worten beendete Herr Sturm in lan-
ger Rede ungefähr folgendes: (Weider ist es wegen der
Papierknappheit unmöglich, näher auf seine Rede einzu-
gehen.) Er sprach zunächst von den Berliner Unruhen und
deren Folgen, die uns vom Ausland drohen; er ging dann
näher ein auf Hoffmann und seine Anhänger. „Wollen wir

Ihre Absichten vereiteln, so müssen wir bürgerlich wählen. Er schilderte dann die Folgen, die uns die Trennung von Kirche und Staat bringen würde. Mit einer Regierung, die solche Absichten habe, können wir nicht einverstanden sein. Wir wollen eine Regierung der bürgerlichen Partei sein. Deshalb seid einig und wählt den Hrn. Frau Herz. Herr Stadelmann wies darauf hin, daß das Volk sich endlich besonnen habe, politisch zu handeln. Es gilt, sagte er, den Kampf gegen die gesamte Sozialdemokratie ohne Ausnahme. Deshalb seien auch die verständigen Arbeiter Oberlahnssteins zum Kampfe aufgerufen gegen die Partei der verdrehten Köpfe. Nach einem Schlusswort des Herrn Heil war die Versammlung darauf beendet.

(1) Zur Wahl. Namens der Centrumpartei sind für die nächsten Sonntag stattfindende Wahl zur Deutschen Nationalversammlung die im heutigen Inseratenteil dieses Blattes benannten Herren aufgestellt. Diese Männer sind also Kandidaten für die ganze Provinz Hessen-Nassau somit also auch für uns. Nützlich ist aber nicht, daß alle Namen auf dem Wahlzettel stehen, es genügt, wenn nur der erste Name, Richard Müller zu Fulda verzeichnet ist, dann werden die anderen vierzehn ohne Weiteres mitgezählt. Es dürfen auf den Wahlzettel aber auch keine anderen Namen gesetzt werden, dieselben zählen nicht mit. Die durchgestrichenen Namen werden dann ohne Weiteres mitgezählt. Es kann daher auch an dieser Stelle nur nochmals auf diese Bestimmungen aufmerksam gemacht werden.

(2) Die Hauskollekte für die verschiedenen kirchlichen Anstalten und Vereinen kommen demnächst in der üblichen Weise zur Erhebung.

Ein Frühlingsbote. Ein sicherlich verfrühter Frühlingsbote wurde am vorigen Samstag in Gestalt eines Zitronenalters auf dem „Kreuz“ gefangen. Man sieht hieraus, welchen Einfluß das milde Wetter auf die Natur hat. Es wäre wirklich bald an der Zeit, wenn der Winter sein wahres Gesicht aufstele.

Die Herausgabe einer Zeitung ist jetzt außerordentlich schwer. Sie hat nie zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört, aber unter den jetzigen Verhältnissen geht die Aufgabe fast über Menschenkraft. Infolge der Einführung der Zensur ist den Zeitungen genau vorgeschrieben, was sie zu bringen haben und was nicht. Manches muß gesagt werden im Interesse der Allgemeinheit, vieles muß aber auch unausgesprochen bleiben. Dessen wollen unsere Leser stets eingedenk sein. Mancher wird für die Zeit der fremden Besetzung in seiner Zeitung manches vermissen, was ihm bisher besonders lieb daran war, und umgekehrt manches finden, was ihm nicht gefällt. Er mag sich dann immer bewußt sein, daß die Presse bis zum Friedensschluß vorgeschriebene Wege gehen muß.

Papiernot. Immer trostloser gestalten sich die Verhältnisse auf dem Papiermarkt, namentlich bezüglich des Zeitungspapiers. In einer Auslassung der jetzigen Regierung wird die Lage u. a. wie folgt geschildert: „Die Kohlenlieferung und die Arbeitsverhältnisse in den Papierfabriken sind so schlimm, daß die wilden Streiks in Obersachsen und im Ruhrgebiet haben die Absicht der Reichsstellen, die Zeitungspapierproduktion mit allen Mitteln zu heben, zurzeit zur Unmöglichkeit gemacht. Der Schrei nach Papier, der unter solchen Umständen erhoben wird, muß deshalb ohne Wirkung verhallen. Die Einschränkung des Druckpapierverbrauches muß alle Zeitungen proportional gleichmäßig treffen. — In einer besonders üblen Lage befinden sich die Zeitungen im linksrheinischen Gebiet wegen der bestehenden Transportschwierigkeiten. Manche Zeitungen erscheinen daher nur noch in halbem Format oder werden auf Badpapier gedruckt. Das trifft sie umso härter, als während der Wahlbewegung der Bedarf an Papier für Flugblätter usw. ein bedeutend größerer ist wie sonst. Hoffentlich nehmen die streikenden Arbeiter endlich Vernunft an und sehen ein, daß sie sich selbst nur ins Fleisch schneiden und vor allem Tausenden ihrer Kollegen in Papierfabriken und Druckereien Schaden und eventuell brotlos machen.“

(3) Kleinhandelshöchstpreise. Die Bezirksstelle für Gemüse und Obst hat die Kleinhandelspreise für verschiedene Gemüsesorten wie folgt festgesetzt: Grünkohl 18 Pfg. das Pfund, Zwiebeln 33 Pfg., gelbe Kohlräben 8 Pfg., weiße Kohlräben 7 Pfg., Weißraben 6 Pfg. Das aber bezahlt man hier in unserer Stadt für Preise. Kohl kostet mindestens das Doppelte oder noch mehr und mit Zwiebeln ist es nicht viel besser. Zu welchem Zwecke werden dann noch die Bekanntmachungen veröffentlicht, damit sie befolgt oder etwa damit sie übertreten werden?

(4) Infolge des Geburtenrückganges der letzten Jahre bemerkbar macht, ging die Zahl der Berliner Volksschulkinder im vorigen Jahr um 18 200 zurück, so daß Ostern 36 Klassen eingehen mußten.

Niederlahnstein, den 14. Januar.

Wahlversammlung. Zu einer ähnlichen Kundgebung wie in Oberlahnstein gestaltete sich auch die Versammlung hier. Auch hier werden sich wohl alle infolge der Ausführungen der Redner, der Herren Rechtsanwalt Sturm, Assessor Veith, Bädermeister Seibeld, Frk. Sanner und Herrn Justizrat Dahlem darüber klar geworden sein, daß nur die Wahl eines Bürgerlichen in Frage kommen kann.

Die Kohlenknappheit. Die Coblenzer Elektrizitätsgesellschaft sieht sich gezwungen, infolge Kohlenmangels jeden zweiten Tag für mehrere Stunden (4—10 Uhr abends) die Stromlieferung einzustellen. Diese unheimliche Tatsache trifft eine ganze Reihe von Ortschaften und sonstige Lichtbezieher, unter ihnen auch Braubach und Bahnhof Oberlahnstein.

Postales. Aus unbelegtem Deutschland nach belegten Gebieten einsch. Brückenköpfe (Köln, Cob-

lenz, Mainz) sind nur noch zugelassen Briefe an Kriegsgefangene und Mitteilungen in wichtigen geschäftlichen und dringenden persönlichen Angelegenheiten. Briefe müssen offen sein. Zeitungen, Druckdrachen, Pakete, Einschreib- und Wertsendungen sind ausgeschlossen. Der Verkehr mit dem Postschiffamt Köln ist gestattet. Bis auf weiteres sind auch zugelassen verschlossene aufgelieferte Wertbriefe nach Orten im Ober-Postdirektionsbezirk Trier und nach den an der Strecke Coblenz-Trier gelegenen Orten im Ober-Postdirektionsbezirk Coblenz. Nach Elsaß-Lothringen und der Rheinpfalz ist der Verkehr noch gänzlich unterbrochen. Sendungen die hiernach nicht befördert oder zugelassen werden können, werden den Absendern zurückgegeben.

1567 Tage hat der Krieg gedauert; 224 Wochen. e. Caub. Dem Gemeindeforschtgehilfen Dietrich ist die Gemeindeforscherstelle Caub in der Oberförsterei Caub vom 1. Januar 1919 ab auf Probe übertragen worden.

Aus Nah und fern.

Elville. Ein düsteres Bild der Lebensmittellage enthält die hiesige Stadtverordnetenversammlung. Hiernach hat das Städtchen nach den Ausführungen des Bürgermeisters und der Stadtverordneten nur noch für einige Tage Lebensmittel. Das vorhandene Mehl, zu dem bereits das Saatgetreide herangezogen werden mußte, reicht nur noch für wenige Tage. Das Militär-Oberkommando soll um Hilfe angegangen werden.

Gösch. Die Kohlennot ist hier so groß, daß das Gaswerk Einschränkungen vornehmen mußte. Die französische Militärverwaltung hat eingegriffen, so daß jetzt drei Schiffe auf dem Main Kohlen ausladen, wodurch die Not auch bei den Einwohnern beseitigt ist.

Coblenz. In Coblenz starb am Samstag Abend im 45. Lebensjahre der Oberbürgermeister der Stadt Coblenz, Herr Bernhard Cloppmann. Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 3 Uhr statt.

Coblenz. Am 8. Januar fand hier eine Kreisvorstandssitzung des Rhein. Bauernvereins statt. Neben anderen Punkten, die zur Verhandlung gelangten, wurde auch der bestimmte Wunsch nach der Gründung einer Deutschen Westrepublik vorgebracht.

Fallenbar, 10. Jan. In der hiesigen Stadt ist ein Fall von Genickstarre vorgekommen u. zwar bei einem 15jährigen Schüler des Realgymnasiums zu Coblenz.

Trier, 10. Jan. Am Freitag Abend brach in der Hornkaserne Feuer aus, das schnell um sich griff, so daß innerhalb fünf Minuten der Dachstuhl in hellen Flammen stand. Die dort liegende Besatzung begann sofort mit den Löscharbeiten und die hiesige Feuerwehr wurde alarmiert. Obwohl diese bald zur Stelle war, dauerte es doch annähernd zwei Stunden, bis man des Feuers Herr wurde.

Düsseldorf, 11. Jan. Die städtischen Beamten haben infolge der Abhebung des Oberbürgermeisters und zweier Beigeordneten beschlossen, die Dienste vorläufig nicht wieder aufzunehmen. Auch die Polizeibeamten weigern sich, unter der Spartakusbewegung Dienst zu tun. Die Eisenbahnangestellten haben die Arbeit sofort eingestellt, da sie unter der persönlichen Gefährdung durch die Spartakisten den Dienst nicht versehen könnten. Der gesamte Eisenbahnverkehr ruht infolgedessen seit heute morgen vollständig. So viel bis jetzt zu übersehen ist, sind bis gestern Abend sieben Personen getötet und über 20 verletzt worden.

Düsseldorf, 12. Jan. Wie die hiesigen Blätter melden, haben die städtischen Beamten nach Verhandlungen mit den Beigeordneten und dem Arbeiterrat, in denen darauf verwiesen wurde, daß die Einwohnerkraft auf die ununterbrochene Tätigkeit der Gemeindeverwaltung unbedingt angewiesen sei, beschlossen, von dem beabsichtigten Streik abzusehen und den Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Düsseldorf, 12. Jan. Seit gestern nachmittag ist die gesamte Postbeamtenschaft von Düsseldorf in den Ausstand getreten. Infolgedessen ruhten von dieser Stunde ab der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. Wie wir erfahren erfolgte der Streik als Protest gegen das Vorgehen des Spartakusbundes. Nachdem dieser die Erklärung abgegeben hat, die Waffen abzuliefern und die Postbeamten wieder einzustellen und zu bewaffnen, wurde heute früh der Verkehr wieder aufgenommen.

Saarbrücken, 11. Jan. Die Schrecken des Luftkrieges hat Saarbrücken 253 mal erlebt. 684 Bomben wurden in der Zeit vom 9. August 1915 bis 6. November 1918 auf die Saargroßstadt abgeworfen. Dadurch wurden getötet 61 Personen, schwer verletzt 77, leicht verletzt 115 Personen. Der Sachschaden wird auf über 2 Millionen Mark geschätzt.

Ein eigenartiges Wiedersehen

gab es in einem Gutsrückdorf. Ein amerikanischer Quartiermacher entdeckte in einer Bauernstube ein Familienbild, auf dem er sich selbst, als er noch ein kleiner Junge war, wieder sah. Er schickte es, hatten die Bauernleute Verwandte in Amerika, die ihnen vor vielen Jahren ihr Familienbild geschickt hatten. Der junge Deutsch-Amerikaner fühlte sich bald heimisch im Hause seiner deutschen Verwandten.

Räte, die uns fehlen.

Wir haben Arbeiterräte, Soldatenräte, Bauernräte, Bürgerräte, Beamtenräte, Land-, Regierungs-, Geheim-, Konfiskations-, Kommerz- und Kommissionsräte, aber leider keine — Vorräte!

Internationales Gedächtnis.

Eine Konditorei in Baden in der Schweiz bietet ein von ihr hergestelltes Gebäck mit folgender Anzeige an: Allein echte Padener Kräfte, Schweizer Fabrikat. Hergestellt aus amerikanischem Mehl, österreichischem Zucker, italienischen Eiern, gebacken mit deutschen Kohlen. Nur gegen schweizerische Brotkarten zu haben.

Ein trauriger Wahltrieb

Eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Wahlagitatoren benutzt die Gutgläubigkeit der arbeitenden Bevölkerung dazu, ihr zu versichern, daß, falls die zukünftige Nationalversammlung ganz sozialdemokratisch ausfalle, die momentan hohen Löhne bleiben, ja sogar noch erhöht werden.

Die beste Widerlegung dieser Behauptung ist, daß die sozialdemokratische Regierung, die wir jetzt haben, sich wie folgt äußert:

„Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft nahm in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung an, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder der Bergbau, die Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung (der sozialistischen!) dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichkeit mit Festigkeit entgegen zu treten.“

Also wohlgemerkt, die Arbeiterschaft selbst würde am meisten leiden!

Sind nun die sozialdemokratischen Wahlagitatoren von Vorstehendem unterrichtet, wie sie das sein müßten, dann sind es eben schlechte Menschen, die unsern hart geprüften Volk die Unwahrheit sagen und ihnen goldene Zeiten versprechen, die leider nicht zu verwirklichen sind; wissen die Wahlagitatoren aber von Vorstehendem nichts, dann sind sie unverantwortliche Schwärzer, die kein maßgebendes Urteil besitzen und die Folgen ihres Tun und Handelns nicht absehen in der Lage sind.

Beide Sorten Menschen gehören nicht in die Nationalversammlung, die soll nur offen sein für tüchtige, ehrliche Männer und Frauen, die es mit dem Volke in diesen schweren Zeiten gut meinen, keinen phantastischen, unerfüllbaren Träumen nachhängen und mit der rauhen Wirklichkeit zum Wohle unserer Zukunft umzugehen verstehen.

Wähler und Wählerinnen, glaubt nicht den vorstehend geschilderten sozialdemokratischen Hebern, sondern wählt bürgerliche Kandidaten auf deren Treue und Liebe zum Vaterland und zum Volke Ihr Euch verlassen könnt.

Die bürgerlichen Parteien sind:

- Die deutsch-demokratische Partei.
- Die deutsche Volkspartei.
- Das Zentrum.
- Die deutsch-nationale Volkspartei.

Literarisches.

A. O. Weber, „Wenn Mars regiert“ 2. Teil (Wiedemannsche Druckerei A.-G. Verlag, Saalfeld a. S.). Der neue Band dieses bissigen Satirikers wird ihm gerade in der jetzigen alles umwälzenden Zeit wieder viele neue Freunde schaffen. Hier sind die durch den Weltkrieg geschaffenen inneren Zustände erbarmungslos gezeichnet. Weber nimmt kein Blatt vor den Mund. Alle Achtung vor der Zensur, die ihm so viel Freiheit ließ.

Öffentliche Ansprache

Ueber den in Nr. 1 des „Lahnsteiner Tageblatts“ gebrachten Artikel über „Abrüstung und Aufbau der Friedenswirtschaft, erlaube ich mir eine kleine Erweiterung und Anfrage. — Der Artikel hat sehr schöne Ermahnungen und Erläuterungen an alle Klassen des Volkes. Da kann und muß ein jeder Deutcher einer Redaktion dankbar sein für solche Ermahnungen. Aber was nützt alles Schreiben, wenn es von keiner Seite befolgt wird zum Nachteil unseres Vaterlandes. Es kann mit einer solch großen Maschine nicht ins Stoden kommen, wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt. Aber leider scheint das in Oberlahnstein nicht der Fall zu sein, sonst wären nicht so viele heimkehrenden Krieger brotlos. Zwar kann nicht jeder Direktor oder Arbeiter sein, aber wenn Einsicht und Besonnenheit auf allen Seiten wäre, so müßte alles „klappen“. Arbeitsgelegenheit gäbe es hier genug. Man braucht nur unsere Straßen, die teuer angelegte Kanalisation anzusehen. Aber trotzdem heißt es bei der Stadt: Wir haben keine Arbeit außer Holzfällen im Walde. Nun frage ich: Kann ein jeder diese Arbeit verrichten? Ich glaube, jeder Förster wird sie mit „nein“ beantworten. Diese Feilen müssen beschert werden, oder soll denn ein Familienvater, dessen Frau und Kinder infolge der Wucherpreise gedärbt haben, was wohl die einzige Schuld unserer Zerrüttung ist, jetzt zum Dank auch noch hungern und darben und schließlich der Stadt zur Last fallen. Die Antwort ist: Nein! Unsere Behörde muß die Augen aufmachen und für einen angemessenen Lohn sorgen, aber nicht für einen Hungerlohn, wie er von gewissen Werken und selbst von der Stadt mit durchschnittlich 50 Pfg. pro Stunde gezahlt wurde. Ich glaube, daß gerade die Werke, die einen Millionengewinn im Krieg gehabt, auch einmal mit etwas weniger zufrieden sein könnten, damit beide Klassen bestehen könnten und nicht die eine Seite schwelgt, die andere aber darbt. Zum Schluß noch ein vielversprechendes Beispiel: Ein großer Kriegsgewinnler äußerte sich seinen Leuten gegenüber: Wenn ihr nicht wollt, so geht; ich bekomme schon Leute genug. Wenn sich dieser fragte: Was war ich vor 20—25 Jahren, dann käme er wohl selbst zu Verstand und würde derartige Aussagen nicht gebrauchen. Abhilfe tut dringend nur in den einzelnen angeführten Punkten. Einer für Viele.

Bekanntmachungen.

Trotz wiederholter Bekanntgabe in den Kreisblättern, daß das Bezirkskommando Oberlahnstein mit dem 30. 11. 1918 Abends aufgelöst worden ist, laufen beim Kontrollamt täglich noch massenhaft Postsendungen ein, mit folgender Bezeichnung: Dem Bezirkskommando, oder dem Herrn Bezirksfeldwebel in Oberlahnstein.

Das Kontrollamt gibt bekannt, daß Briefe pp. mit derartigen Aufschriften von jetzt ab auf Kosten des Absenders zurückgewiesen werden.

Die richtige Adresse ist: An das Kontrollamt in Oberlahnstein.

Oberlahnstein, den 2. Januar 1919.

Kontrollamt.

J. B. Engelbart, Sekretär.

Diejenigen Leute, welche noch **Kartoffelschnecken** im Besitz haben, wofür bisher noch keine Kartoffeln geliefert wurden, werden dringend ersucht, sich bis spätestens **Mittwoch, den 15. d. Mts.** Rathaus Zimmer 1 zu melden, damit die Kartoffeln sofort zugewiesen werden.

Oberlahnstein, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.

Hühnerfutter

wird am **Mittwoch, den 15. d. Mts.** von 1 Uhr ab ausgegeben **Freiherr v. Stein-Schule (Gichhaus)** desselben wird auch dort bezahlt.

Oberlahnstein, den 14. Januar 1919.

Der Magistrat.

Ein Geldbeutel mit Inhalt

ist als Fundsache hier angemeldet worden.

Oberlahnstein, den 12. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Das Abladen von Schutt auf dem Krähchen darf von jetzt ab nur **Mittwochs und Samstags**, an den hierfür bestimmten Stellen, erfolgen.

Übertretung dieser Verordnung wird auf strengste bestraft.

Niederlahnstein, den 6. Januar 1919.

Die Ortspolizeibehörde: R o b y.

Bekanntmachung.

Am **15. März 1919, vormittags 10 Uhr**

erfolgt vor dem unterzeichneten Amtsgerichte an der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 11 die gerichtliche Zwangsversteigerung der im Grundbuch von Oberlahnstein Band IX Blatt 546, von Niederlahnstein Band XXII Blatt 549 und von Mellen Band I Blatt 39 auf den Namen der **Bergbau-Aktiengesellschaft Friedrichslegen** zu Friedrichslegen an der Lahn eingetragenen Grundstücke sowie der auf den gleichen Namen im Grundbuch von Niederlahnstein Band I Blätter 12, 14, 15, 16 eingetragenen Bergwerke Manganerzgrube Wilhelm XVI, konsolidierte Blei-, Silber-, Kupfer-, Zink-, Schwefel-, Mangan-, Eisen-, Nickel- und Schiefergrube Friedrichslegen, Nickel- und Schiefergrube Hoffmann IV und Kupfererzgrube Gott mit uns.

Alle Nähere können Interessenten durch Einsichtnahme der Akten auf der Gerichtsschreibererei erfahren.

Niederlahnstein, den 3. Januar 1919.

Amtsgericht.

Zur Beachtung für die Centrumswähler.

Die Kandidaten der **Centrumpartei** für die am nächsten Sonntag, den 19. Januar stattfindenden Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung sind:

1. Richard Müller, Fulda.
2. Josef Becker, Sekretär des Centrumsverbandes, Gröfz, Bauarbeiter, Berlin.
3. Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a/M.
4. Wilhelm Frank, Volksvereinssekretär, Fulda.
5. F. Müller, Pfarrer, Elz.
6. Frau Boyle Contant Witwe, Frankfurt a/M.
7. Franz Vogt, Kaufmann, Hünfeld.
8. Jost, Dehm, Ransbach.
9. Dr. Kramer, Redakteur, Hanau.
10. Gerhard Heil, Buchdrucker, Frankfurt a/M.
11. Aug. Ebel, Pfarrer, Neustadt.
12. Jos. Dölig, Montabaur.
13. Franz Rühl, Amtsgerichtsrat, Cassel.
14. Georg Eisel, Landwirt, Montabaur.
15. Frau Gymnas.-Direktor Beckmann, Limburg.

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Gatten und Schwiegervaters Herrn

Karl Groß

Rgl. Bahnwärter a. D.

spreche ich hiermit Allen meinen tiefgefühlten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Die tieftrauernde Gattin.

Niederlahnstein, den 12. Januar 1919.

Heil-Institut

für
Haut- und Geschlechtskrankheiten
Coblenz, Burgstr. 6 I.
Habe meine Praxis wieder eröffnet.
Heinr. Specht.

Nußkuchen und Nußmehl
kauft **Konditorei Nisch.**

Wlodes.

Im Anfertigen von neuen und Verändern von getragenen **Damen-Hüten** sowie im Umarbeiten von **Felzen und Mäusen.**
Luitse Elbert,
Niederlahnstein, Neugasse 5.

Ordentlicher Arbeiter
oder **Frau** für dauernde Gartenarbeit gesucht **Niederlahnstein, Bahnhofstraße 13.**

Ein noch gut erhaltener **Gasheizofen** zu verkaufen.
Fr. Sibel Kaiserwilhelmspl. 69.

Deutschnationale Volkspartei.

Stimmzettel für die Wahl am 19. Januar sind in jeder nötigen Zahl in den Druckereien **Schädel (Oberlahnstein), Ulfinger (St. Goarshausen) und Müller (Nastätten)** kostenlos zu haben. Abholen durch Boten empfehlenswert.

Der Vorsitzende des Kreisvereins.

Dr. Jerke, Kreistierarzt.

Ein Ueberzieher,
1 dkl. Joppe u. Weste für mittl. Person passd., Maßarbeit 1 Plan, 25 Meter groß, fast neu, 1. Qualität, 3 elsb. Billardbälle, 1 Membran f. Grammophon zu verkaufen.
Seitenbach, Filzen a. Rh.

Kaufe gebrauchte Lauten (Gitarren) Mandolinen.
S. Frank,
Niederlahnstein, Bahnhofstraße 50 II

Ein noch gut erhaltenes **Fahrrad** zu kaufen gesucht. Näheres Geschäftsstelle.

10 000 Mark
gegen 1. Hypothek zu 4% auszuliehen. Anerbieten unter J. R. an die Geschäftsstelle.

Bis 15000 Mark
auf 1. Hypothek zu 4% auszuliehen. Anerbieten unter J. R. an die Geschäftsstelle.

Untrazitkohlen
in großer oder kleiner Menge zu kaufen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Wer hat Untracit
abzugeben? selbst in kleinen Mengen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Wer gibt zahlreicher Sami-ir
Erstlingswäsche
(gegen nicht zu hohe Zahlung?)
Näheres in der Geschäftsstelle.

Feld- oder Garten-
grundstück in Niederlahnstein zu kaufen gesucht. Offerten unter 10 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein Metallformer und Sieber
welcher es auch drehen kann, für dauernde Arbeit gesucht.
Fabrik Rehler, Oberlahnstein

Mehrere Knechte
und **Landw. Arbeiter** gegen guten Lohn und freier Station für dauernde Beschäftigung gesucht.
Postamt Siefhelsmühlborn.

Friseurlehrling,
propetere Junge, gesucht.
Fr. W. Munzer, O. Bahnhof.

Ein Metallformer und Sieber
welcher es auch drehen kann, für dauernde Arbeit gesucht.
Fabrik Rehler, Oberlahnstein

Mehrere Knechte
und **Landw. Arbeiter** gegen guten Lohn und freier Station für dauernde Beschäftigung gesucht.
Postamt Siefhelsmühlborn.

Friseurlehrling,
propetere Junge, gesucht.
Fr. W. Munzer, O. Bahnhof.

Wahlrechtspruch.

Deutsche Frau, sei stark!
Es geht dem deutschen Volk ans Mark.
Erhebe flammenden Protest,
Indem Du Deine Stimme läßt,
Dem, der sich selbst vergift und Ruhm
Für deutsche Art und freies Bürgertum.

Deutsche Frau, sei nicht lau!

Wähle!

Die bürgerlichen Parteien
Deutsch-nationale Volkspartei.
Deutsche Volkspartei.
Centrum.
Deutsch-demokratische Partei.

Selig sind die Toten
die im Herrn sterben.

Todes- + Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die Trauernachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat Sonntag Nachmittag 1/4 Uhr meinen lieben Vater, unseren guten Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Philipp Weber,

Veteran von 1870/71,

nach längerem mit großer Geduld ertragenem schweren Leiden, im Alter von 74 Jahren, im städt. Krankenhaus zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die trauernde Tochter

Wilhelmine Weber.

Oberlahnstein, Oberbachheim, Rehlbach und Braubach, den 13. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr,** vom städt. Krankenhaus aus statt.

Veteranen-Vereinigung

Oberlahnstein.

Den Kameraden zur Kenntnis, daß unser treues Mitglied der Veteran

Philipp Weber

durch den Tod von uns geschieden ist.

Es wird um möglichst zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung am **Mittwoch, den 15. Januar, mittags 2 Uhr,** gebeten.

Der Vorstand.

Oberlahnstein, den 13. Januar 1919

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner nun in Gott ruhenden lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau

Veronika Bang geb. Lauer

sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir den Kranz- und bl. Beisependern

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberlahnstein, den 13. Januar 1919.

Am Freitag, den 10. Jan. ein

Geldschein

von Bahnhof - Krämerstraße - Burgstraße verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung, **Adolfstraße 39,** abzugeben.

Eine Waschmaschine

mit **Senkung** zu verkaufen. Näheres **Brückenstraße 9,** Niederlahnstein, 1. Etage.

Donnerstag, den 10. Jan.,

um 2 Uhr nachmittags

werden in der Wohnung des verstorbenen **Fr. Ritzig,** Weiseraasse 3 einige **Möbel** und **Küchensachen** verkauft.

Wintergemüse

hat abzugeben **Kasse, Viehtrichhof.**